



Zerstörungen nach IRA-Anschlag in London

Clinton verärgert Major

Die britische Regierung sorgt sich um ihre traditionelle Sonderbeziehung zu den USA, die sie auch unter Präsident Bill Clinton als Gegengewicht zur EG pflegen will. Grund für den Unmut: Der Bush-Bezwinger will einen US-Friedensbeauftragten in die britische Unruheregion Nordirland entsenden. Während die Irische Republik die Initiative begrüßt, empört sich London über Clintons „Einseitigkeit“. Mit Blick auf etwa 43 Millionen irischstämmige US-Bürger hat der neue Präsident den „willkürlichen Einsatz von tödlichen Waffen“ durch britische Sicherheitskräfte gerügt. Er bietet IRA-Terroristen Zuflucht an, habe aber deren Atten-

tats- und Mordserien mit keinem Wort erwähnt, so der britische Vorwurf. Clinton will zum Schrecken Londons die bereits von 24 US-Staaten akzeptierten „MacBride-Prinzipien“ für die gesamten USA übernehmen. Danach müssen US-Firmen Geschäfte mit nordirischen Unternehmen abbrechen, welche die katholische Minderheit diskriminieren. Premier John Major will Clinton schon beim ersten Treffen über den Terror in Ulster „aufklären“, hat aber noch keinen Gesprächstermin.

Walesa will eigene Präsidentengarde

Eine Nationalgarde nach US-Vorbild, die ausschließlich ihm unterstellt ist, will

sich Polens Staatsoberhaupt Lech Walesa schaffen. Der Präsident möchte mit der neuen Truppe seine Macht vergrößern, da der Entwurf einer neuen Verfassung ihm nach seiner Ansicht nicht genug Kompetenzen gewährt. Walesa muß danach wichtige Personalentscheidungen mit dem Verteidigungsministerium abstimmen, obwohl er Oberbefehlshaber der Armee ist. Die Garde soll nach Walesas Vorstellungen ein Mittelding zwischen Polizei und Armee sein und unter anderem in Katastrophenfällen eingesetzt werden, ausländische Botschaften bewachen, aber auch nicht genehmigte Demonstrationen auflösen. Nach den Plänen des Präsidentsamtes wird die Garde aus der 10 000 Mann starken sogenannten Weichsel-Einheit gebildet, die bislang dem Innenministerium untersteht.

Soldatentod in Israel

Eine Unfallserie in den Streitkräften schreckt die Israelis auf. Seit Anfang des Jahres kamen 32 Soldaten bei vermeidbaren Zwischenfällen ums Leben: So starben fünf Wehrpflichtige Anfang November während eines Manövers im Negev, als eine Rakete mitten in eine Gruppe von Soldaten ein-

schlug; im Mai verdursteten zwei Infanteristen bei einer schlecht geplanten Wüstenübung. Ministerpräsident Jizchak Rabin rügte den Leichtsinns und befürchtet eine Disziplinarkrise in der Armee. Tatsächlich lag die Zahl der Opfer wohl noch höher, doch die Militärzensur verbot genaue Veröffentlichungen. Erst jetzt wurde bekannt, daß seit 1979 während ihres Militär- oder Reservendienstes 1002 israelische Soldaten starben; 277 kamen durch Auto-, 169 durch andere Unfälle um. Die häufigste Todesursache (370 Fälle) war Selbstmord.



Israelische Soldaten

Hussein bringt sein Haus in Ordnung

Jordanien König Hussein will nicht länger auf das Ende der zähflüssigen arabisch-israelischen Verhandlungen warten. In Absprache mit Syrien möchte der krebserkrankte Monarch, der offenbar sein Haus in Ordnung bringen will, noch vor der angestrebten umfassenden Nahostlösung den Kriegszustand mit Israel beenden. Husseins Unterhändler in Washington haben die Bereitschaft zu einem Zwischenabkommen mit Israel angedeutet. Doch einem Arrangement mit dem Erzfeind stehen daheim vor allem radikale Moslemfraktionen entgegen, die das Regime des Königs von innen bedrohen. Jordanien Polizei verhaftete unlängst die beiden islamischen Abgeordneten Leith Schubeilat und Jakob Karrasch. Ein Militärtribunal lastete den beiden Parlamentariern eine „Verschwörung zum Sturz der Regierung“ an, verurteilte sie aber nicht, wie vom Staatsan-



König Hussein

walt gefordert, zum Tode, sondern zu 20 Jahren Zwangsarbeit. Während der spektakulären Verhandlung hatten jordanische Zeitungen ausführlich von unsauberen Prozeßpraktiken berichtet. So hatte ein aus Deutschland angereister arabischer Belastungszeuge seine Aussage widerrufen, den Angeklagten 300 000 Mark aus dem Iran überbracht zu haben. Hussein entschloß sich zu einer großzügigen Geste der Versöhnung: In der vergangenen Woche begnadigte der König 140 Gefangene, darunter die beiden Abgeordneten; sie dürfen sogar ihren Parlamentssitz wieder einnehmen. Da Jordanien Nationalversammlung einen Friedensschluß mit Israel mehrheitlich gutheißt, bietet sich den Moslembrüdern für ihren Feldzug nur eine Koalition mit extremistischen Palästinenserfraktionen an, etwa der Volksfront für die Befreiung Palästinas PFLP. Die radikalen Palästinenser aber sind Laizisten und lehnen den von den Islamisten angestrebten Gottesstaat ab.